
Slowakei

JURAJ ALNER

Die Slowakei hat 1998 einen neuen Weg eingeschlagen. Der Verlauf der Wahlkampagne zeigte, dass Nichtregierungsorganisationen und vor allem die junge Generation die Bürgergesellschaft aktiv tragen. Jedoch gelang es der neuen Regierung nicht, die wirtschaftlichen wie auch die damit verbundenen sozialen Schwierigkeiten zu bewältigen. Stattdessen vergrößerten sich die Probleme. Der Weg aus der alten Sackgasse ist lang und beschwerlich. Hinzu kam die Heterogenität der großen Regierungskoalition, die zu inneren Spannungen führte. 1999 könnte als Jahr der verspäteten Ankurbelung und des Neustarts bezeichnet werden, das zu viel Kraft gekostet hat, um rasche Erfolge zu zeigen. Die Regierung, aber auch Opposition und Bevölkerung sehen den Ausweg in der schnellen Vorbereitung des EU-Beitritts. Die Integrationsbereitschaft bewegt sich zwischen 60-70%.

Wendejahr 1998

Parlamentswahlen in der Slowakei sind selten eine Entscheidung der Wähler für ein konkretes Programm, stattdessen handelt es sich oft um die Wahl einer scheinbar glaubwürdigen Persönlichkeit (oft bekommen neue Parteien, die noch gar kein Programm haben, große Unterstützung) – und immer wieder läuft es auf die Abstimmung „gegen“ oder „für Meciar“ hinaus. Die große Anti-Meciar-Koalition hat die Wahl 1998 sogar als „Referendum für oder gegen Europa“ bezeichnet.

Um die Zahl der Gegner zu verringern entschied die Meciar-Mehrheit im Nationalrat im Sommer 1998 das Wahlgesetz „nach westlichem Muster“ zu ändern: Jede Partei muss mindestens 5% der Stimmen erhalten, wobei die bisherige Praxis der Parteienkoalitionen zur Überwindung der Hürde nicht mehr möglich sein sollte. Das neue Gesetz prägt die slowakische Innenpolitik bis heute. Die neue Regierung setzte aber inzwischen wieder das ursprüngliche Wahlgesetz durch, wodurch auch der Zerfall der Slowakischen Demokratischen Koalition (SDK) begünstigt wird.

Die Parteien

Die drei ungarischen Parteien (liberale, christliche und nationale) haben sich 1998 in der Partei der ungarischen Koalition (SMK) zusammengeschlossen. Die „blaue Koalition“ der Christdemokraten (KDH), der konservativen Demokratischen Partei (DS) und der liberalen Demokratischen Union (DU) haben zusammen mit den schwachen Sozialdemokraten (SDSS) und den fast bedeutungslosen Grünen (SZS) die Slowakische demokratische Koalition (SDK) gegründet – zuerst als Wahl-

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

bündnis, nachher als echte politische Partei. Meciar hat sie als monströses Gebilde bezeichnet, das bald nach der Parlamentswahl zerfallen wird. Eine ganz neue Partei des bürgerlichen Verständnisses (SOP) hat Rudolf Schuster, der Oberbürgermeister der ostslowakischen Metropole Kosice gegründet; seit 1999 hat er das Amt des Staatspräsidenten inne.

Meciars Bewegung für die demokratische Slowakei (HZDS) hat die Wahl 1998 gewonnen, aber keinen Koalitionspartner gefunden. Schon vorher waren die SDK, SMK, SOP und die Partei der demokratischen Linken (SDL) entschlossen, eine große Regierungskoalition zu bilden. Die Regierung vereint so zehn unterschiedliche Parteien. Den drei ungarischen Parteien gelang die Verschmelzung in der SMK, in der SDK zeigen sich jedoch die Interessensunterschiede der Gründungsparteien immer deutlicher. Um für die Parlamentswahl 2002 eine starke Partei als Gegengewicht zu der HZDS gewährleisten zu können, hat der Regierungschef Mikulas Dzurinda die „Partei für die Zukunft“ gegründet: die Slowakische demokratische christliche Union (SDKU). Anfang 2000 sind dorthin einige Spitzenpolitiker aus der ursprünglichen KDH und fast alle aus der DU übergetreten.

Mit dem Argument, die SDK existiere praktisch nicht mehr, die SDKU noch nicht und die Gründerparteien hätten in der Bevölkerung nur geringe Unterstützung, spricht die linke SDL immer lauter über die Umbildung der Regierungskoalition zu ihren Gunsten. Jedoch ist ihre Spitze selbst stark zerstritten. Vor allem seit im April 2000 bei der Abstimmung im Parlament, als die Opposition dem Regierungschef Dzurinda das Misstrauen aussprechen wollte (was den Sturz der ganzen Regierung bedeutet hätte), der Parlamentspräsident Jozef Migas, Vorsitzender der SDL, mit der HZDS gegen den eigenen Koalitionspartner votierte.

Die Parteienlandschaft in der Slowakei ist noch immer in Bewegung. Die folgende Tabelle zeigt die öffentliche Meinung (in %): „Falls die Wahlen am kommenden Wochenende wären, würde ich ... wählen.“ Eine damit im Zusammenhang stehende Frage betrifft das Vertrauen zu den Spitzenpolitikern.

Ende April 2000 ¹⁾	Vertrauen ²⁾	
HZDS	29	Fico 29
Smer	22	Schuster 24.5
SDKU	12	Meciar 24
SMK	8	Dzurinda 18
SNS	7.5	Malikova 15
SDL	5.7	Kukan 12

1) Quelle: IVM (Institut für öffentliche Meinung), Bratislava 28.4.2000.
2) Quelle: MVK, Bratislava März 2000.

Die älteste Partei mit einem klaren Programm, die Christdemokraten von Jan Carnogursky, liegt seit 1999 unter der 5%-Hürde. Die HZDS Meciars bewegt sich gleichbleibend bei um die 30%, die sie von Anfang an erhielt. Die SDL glaubt zwar die stärkste Regierungspartei zu sein, bei den Umfragen findet sie sich aber knapp an der 5%-Marke. Der junge Jurist Robert Fico (1964), 1999 noch Vertreter der Slowakei beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und Vizepräsident der SDL, hätte Umfragen vom April 2000 zufolge, die besten Chancen mit seiner neugegründeten Partei Smer (Die Richtung) alle Parteikarten neu zu mischen. Mit

dem mehr als flexiblen Programm („Wir machen alles, was für das Land und die Bürger gut ist“) würde er mehr Stimmen erhalten als die stärkste Regierungspartei. Eine Koalition mit Meciar ist aber nicht wahrscheinlich. Die Zahl der Nichtwähler und derjenigen, die nicht wissen, wen sie wählen würden, bewegt sich um die 30%: Alle anderen Parteien bleiben unter der 5%-Hürde. Die weiteren 17% sind Nichtwähler, 13% sind unentschieden: Nicht nur diese 30% sind Zielgruppe der neuen Parteien, Fico z.B. hat seine Anhänger in der SDL, aber auch in anderen Parteien gefunden.

Beitrittsvorbereitungen

Für einen EU-Beitritt sprechen sich 1999 in Umfragen 60-70% der Slowaken aus. Die größte Zustimmung kommt von den Wählern der Demokratischen Partei und von der ungarischen Minderheit. Aber auch die Mehrzahl der SNS-Anhänger favorisiert den Beitritt. Es gibt im Parlament keine Anti-EU-Partei. In einem Fernsehgespräch zwischen Dzurinda und Meciar im Frühjahr 2000 haben beide argumentiert, der andere sei ein Hindernis auf dem Weg in die Union.

Die dritte Meciar Regierung (1994-1998) hat zwar die Integration als Priorität proklamiert, die Kritik seitens der EU aber als unberechtigt zurückgewiesen. Das neue Dzurinda-Kabinett hat alle Vorwürfe akzeptiert und versucht, sie so bald wie möglich zu beseitigen. Die ungarische Minderheit hat den Sprung in die Regierung geschafft und das Gesetz über die Minderheitensprachen wurde verabschiedet. Der Staatspräsident wurde zum ersten Mal direkt gewählt (im Parlament hat Rudolf Schuster die qualifizierte Mehrheit von 90 Stimmen nicht erreichen können, obwohl seine Kandidatur von allen Koalitionspartnern vereinbart worden war, die über 93 der 150 Stimmen verfügen). Die Opposition hat mehrere Posten in den Parlamentsgremien erhalten, diese wurden von der HZDS aber weder akzeptiert noch besetzt.

Anfang 1999 baute man die Struktur der für die Integration verantwortlichen Gremien um. Es gibt einen Vizepremier für Integration (Pavol Hamzik), einen Staatssekretär im Außenministerium, der gleichzeitig Hauptverhandlungsführer ist, einen Ministerialrat für europäische Integration, einen Arbeitsausschuss mit 29 Arbeitsgruppen, einen Ausschuss für Integration im Parlament (Vorsitzender: Frantisek Sebej) sowie einen Gemeinsamen Ausschuss.

Im Jahre 1999 intensivierten sich die Beziehungen mit der Europäischen Union. Bei dem Gipfeltreffen des Europäischen Rats in Helsinki (Dezember 1999) entschieden die EU-Staats- und Regierungschefs, mit weiteren sechs Kandidaten, darunter auch die Slowakei, die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Die Regierung bezeichnet es als ihren größten Erfolg, die Opposition sieht darin keinen Verdienst der Beitrittskandidaten. Tatsache ist, in der Luxemburger Runde fehlte die Slowakei nur aufgrund der Nichterfüllung politischer Kriterien.

Am 16. Februar 2000 wurden Verhandlungen über acht Kapitel eröffnet: Statistik, Wettbewerb, kleine und mittlere Betriebe, Wissenschaft und Forschung, Erziehung, Kultur, Außenbeziehungen sowie Gemeinsame Außen- und Sicherheits-

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

politik. Im Juni waren sechs davon abgeschlossen. Bei keinem Kapitel fordert die slowakische Regierung ein Übergangsfristen. Das Wirtschaftsministerium stellte im Juni 2000 fest, „etwa 80% der 23 Kapitel des Binnenmarkt-Weißbuchs der EU, sind schon völlig oder teilweise im slowakischen Rechtssystem implementiert“.¹ Der Außenminister Eduard Kukan erklärte Ende 1999, die Slowakei wird am 1. Januar 2004 auf den Beitritt vorbereitet sein.

Die Wirtschaft

Ziel der Regierung war es, die Aufnahme in die OECD bereits 1999 zu erreichen (alle Visegrad-Nachbarn sind Mitglieder in der OECD wie auch in der NATO). Dies gelang erst im Juni 2000.

Die Arbeitslosigkeit betrug Ende 1999 fast 20%. Die Auslandsinvestitionen sind eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung und damit für die politische Stabilität. Die größten Investoren kommen aus Deutschland, die meisten (kleinen und mittleren Betriebe) aus Österreich. Die Direktinvestitionen betrugen 1990-1996 167 USD pro Kopf² und stiegen 1999 auf 352 USD³, blieben aber dennoch weit hinter allen Ländern der ersten Gruppe und sogar hinter Kroatien und allen baltischen Ländern zurück. Auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 1999 ist mit 3741 USD⁴ wesentlich geringer als das der Visegrad-Nachbarn.⁵ 1999 kamen 22% aller direkten Auslandsinvestitionen aus Deutschland, 17% aus Österreich, 15% aus den Niederlanden, 13% aus den USA, je 9% aus der Tschechischen Republik und dem Vereinigten Königreich und nur 4% aus Frankreich.

Anmerkungen

- 1 Brno Peter, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium der SR, Beitrag im Europäischen Forum Alpbach, 9.6.2000
- 2 Slowakische Presseagentur, Februar 1998.
- 3 The Wall Street Journal, Europe's Central European Economic Review, Vol. VII, Nr. 10, Dezember 1999.
- 4 ebd.
- 5 Tschechische Republik 5350 USD, Ungarn 4676 USD, Polen 4075 USD.

Weiterführende Literatur

- Alner, Juraj: Európa pre Slovákov, Slovensko pre Európu, Bratislava 1999.
- Alner, Juraj: Phare, Slovensko a vy. Bratislava 1999.
- Europäisches Forum Alpbach, Die Slowakei auf dem Weg in die EU. Referate, 7.-9.6.2000.
- Slovak Foreign Policy Affaires, SFPA Bratislava, erscheint zweimal jährlich, Jg. 1, Nr. 1, Mai 2000.
- Slovakia 1988-1989. A Global Report on the State of Society, Bratislava 1999.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union, Gütersloh 1996.